



Tumorpatient Richter



Jugendwerkhof „Junge Welt“ in Freital zu DDR-Zeiten

Umwelt

Angeln im Atomteich

Mit dem Uranabbau hat die DDR die Gesundheit vieler Bürger ruiniert. Für ehemalige Bergleute gab es Hilfe, krebserkrankte Anwohner kämpfen bislang vergebens um Entschädigung.

Suchend geht Sven Richter durch das Gestrüpp. Sein Gesicht ist blass, die Haut um die Augen herum faltig. Der 48-Jährige ist vom Krebs gezeichnet. „Da ist der Beweis“, ruft er, als er zwischen Büschen und Bäumen ein Schild entdeckt. „Betreten verboten!“ steht darauf: „Auf diesem Grundstück treten erhöhte radioaktive Strahlungen auf.“ Richter hat an diesem Ort einen Teil seiner Jugend verbracht. Hier sucht er die Ursache für seinen Lungenkrebs.

Anfang der achtziger Jahre lebte Richter in Freital bei Dresden in einem Jugendwerkhof, einer DDR-Erziehungsanstalt für unangepasste Jugendliche. Gleich hinter dem Gebäudekomplex wurden damals in den „Teich 4“ giftige Stoffe aus der Uranerzaufbereitung eingespült. Auf der anderen Straßenseite erhebt sich bis heute ein Berg aus Giftmüll, drei weitere inzwischen abgedeckte Teiche mit strahlenden Uranerzresten liegen in unmittelbarer Nähe.

Ist Sven Richter erkrankt, weil die DDR ihn zwangsweise hier unterbrachte? Seit Monaten versucht der Krebspatient, andere Ehemalige des Jugendwerkhofs aufzuspüren, jetzt sieht er sich in seinem Verdacht bestätigt. Richter fand Ex-Bewohner, die wie er erkrankt sind: an Lungenkrebs, Kehlkopfkrebs oder am Grauen Star – alles Leiden, die durch radioaktive Strahlung ausgelöst werden können.

In der Gegend um Freital wurde jahrzehntelang Uranerz gefördert und aufbereitet. Die Wismut, bis zur Wende viergrößter Uranproduzent der Welt, lieferte einen wichtigen Teil des Rohstoffs, mit dem die Sowjetunion ihre Kernkraftwerke und Atombomben beschickte. Die Umgebung wurde radioaktiv belastet.

Schon seit Jahrzehnten kämpfen Betroffene mit den gesundheitlichen Folgen. Bei 40 000 ehemaligen Wismut-Beschäftigten, die vor allem unter Tage im Uranbergbau gearbeitet haben, wurden seither Berufskrankheiten anerkannt; in 9500 Fällen davon handelte es sich um Lungenkrebs. Knapp eine Milliarde Euro floss seit Anfang der neunziger Jahre in Frühdiagnostik, Therapie und Entschädigungen.

Anders sieht es bei Anwohnern aus, die in der Nähe der Bergwerke lebten. Die Radioaktivität unter Tage wurde zwar genau erfasst, die Strahlenbelastung über Tage aber nur lückenhaft. Entsprechend schwer ist es für Patienten wie Richter, ihre Krankheiten auf die Uranförderung der DDR zurückzuführen.

Zudem finden die früheren Nachbarn der Sowjetisch-Deutschen Aktiengesellschaft Wismut niemanden, der sich in ihren Fällen für zuständig hält. Ansprüche auf Hilfe können in der Praxis nur ehemalige Bergleute geltend machen.

Richter hat erst vor wenigen Monaten erfahren, dass die Umgebung des Jugend-

werkhofs radioaktiv belastet ist. „Niemand hat uns damals gewarnt“, sagt er.

Auch Udo Meißner, der Mitte der sechziger Jahre in dem Erziehungsheim lebte, erinnert sich. „Wir waren alle noch nicht einmal ausgewachsen“, sagt er. Der 62-Jährige kann kaum noch sprechen, er keucht die Worte. Der Kehlkopfkrebs, den er vor zwölf Jahren bekam, hat Luftröhre und Stimmbänder angegriffen. Seit der Krebsoperation hat er ein Loch im Hals, fast so groß wie ein Kronkorken. Von dort führt ein Plastikschauch in Richtung Lunge.

Meißner arbeitete nach seiner Zeit im Jugendwerkhof für die Wismut. Lange führte er sein Leiden ausschließlich darauf zurück. Doch seit er von der Strahlenbelastung rund um den Jugendwerkhof weiß, vermutet er, dass er bereits als Jugendlicher seinen Körper ruiniert hat.

Die Besserungsanstalt neben dem Atomteich hatte den verheißungsvollen Namen „Junge Welt“. Hier lebten über 100 junge Männer im Alter von 16 bis 18 Jahren, die für die Staatspartei SED und die Behörden als „schwer erziehbar“ galten. Meist hatten sie jedoch lediglich Bagatelldelikte begangen oder waren durch Musik und lange Haare aufgefallen.

Ob bei militärähnlichen Übungen oder nachts in den Schlafräumen – immer waren sie nicht weit vom „Teich 4“ entfernt. Im Winter liefen sie auf der zugefrorenen Wasseroberfläche Schlittschuh. Vietnamesische Gastarbeiter, die wie die Jugendwerkhöfler im nahegelegenen Edelstahlwerk schufteten, angelten an wärmeren Tagen sogar in dem Gewässer und aßen uranverseuchte Karpfen.

Richter fand bei seiner Recherche ein Dokument von 1971. Daraus geht hervor, dass den Behörden die Gefahr bekannt war. Sie wurde jedoch geheim gehalten. Die Strahlenbelastung sei „für gelegentliche Aufenthalte unbedenklich“, heißt es in dem Papier. Wenn es trotzdem zu Problemen kam, nutzten die Beamten



Ehemaliger Wismut-Beschäftigter Meißner

ARMAN WEIGEL / DER SPIEGEL

einfache Mittel: Bürger, die über Haar- ausfall klagten, bekamen einmal im Jahr vom Staat kostenlos eine Perücke.

Noch vier Jahrzehnte später wurde 2013 am „Teich 4“ eine Strahlendosis von bis zu 5200 Nanosievert pro Stunde gemessen, tolerierbar wären um die 300.

Winfried Eisenberg ist Mitglied der Organisation Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges. Der pensionierte Chefarzt aus Herford hat untersucht, wie sich Niedrigdosisstrahlung auf die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen auswirkt. Über die Bewohner des Jugendwerkhofs sagt er: „Sie haben mit sehr großer Wahrscheinlichkeit Radon und andere radiotoxische Substanzen eingeatmet.“

Radon ist in Gebieten mit Uranerzabbau wesentlich stärker als üblich in der Luft enthalten. Das Gas gelangt über die Atemwege in den Körper, so kann es Lungenkrebs verursachen. „Ihre Krankheitsfälle sind ähnlich zu bewerten wie die der Bergleute selbst“, vermutet Eisenberg.

Trotzdem bleibt der Beweis für Betroffene schwer zu führen. Der Jugendwerkhof wurde nach der Wende abgerissen; Radon-Messwerte liegen nicht vor. Allerdings: In benachbarten Häusern wurden in den neunziger Jahren alarmierende Zahlen festgestellt. Die Radon-Konzen-

tration überstieg den Richtwert um das 10- bis 20fache.

Jeden Tag mussten die Jugendlichen früher, angeführt von ihren Betreuern, zwischen zwei strahlenden Becken hindurch – eines offen, eines abgedeckt – zum Arbeitseinsatz in einem Edelstahlwerk marschieren. Dort hatten sie im Dreischichtbetrieb zum Beispiel Edelstahlblöcke glattzuschleifen. „Wenn die Jungen von der Arbeit zurückkamen, waren sie an den Händen und im Gesicht schwarz“, sagt ein ehemaliger Erzieher, der bis Mitte der achtziger Jahre im Jugendwerkhof angestellt war. Über gesundheitliche Gefahren im Stahlwerk und die radioaktive Strahlung habe man kaum gesprochen. „Wir Ossis waren da blind“, sagt der heute 70-Jährige.

Vor etwa zehn Jahren wurde auch bei ihm ein Lungenkarzinom festgestellt, ein Teil des rechten Oberlappens musste entfernt werden. Er versuchte jedoch nicht, die Krankheit als berufsbedingt anerkennen zu lassen; er stand ohnehin kurz vor der Rente.

Udo Meißner schickte die ärztlichen Unterlagen über seinen Kehlkopfkrebs nach seiner ersten Operation vor zehn Jahren an die Knappschaft, der er als ehemaliger Bergmann angehörte. In ihrem Antwortschreiben erklärte die Knappschaft, man sehe keinen Zusammenhang zwischen der Krankheit und seiner Tätigkeit im Uranerzbergbau. Meißner fühlte sich machtlos und gab auf.

Sven Richter bemüht sich weiter um Aufklärung, doch er weiß inzwischen nicht mehr, an welche Einrichtung er sich noch wenden könnte. Die Berufsgenossenschaft hat seinen Fall gar nicht erst behandelt, da er nicht im Uranerzbergbau gearbeitet hat. Das Referat für Strahlenschutz im sächsischen Landesumweltamt teilte mit, eine „retrospektive Dosisabschätzung“ sei für seinen Fall nicht möglich.

Und das sächsische Sozialministerium erklärt: „Wir gehen davon aus, dass die Betroffenen sich an die Wismut als Verursacher wenden können und ihre Forderungen nach Hilfe beziehungsweise Entschädigung stellen können.“

Doch die Zentrale Betreuungsstelle Wismut kümmert sich nur um ehemalige Bergleute. „Von Rechts wegen hat sich die Betreuungsstelle mit Beschäftigten der Wismut, also unfallversicherten Personen, zu befassen“, sagt Heinz Otten, der diese Einrichtung mit aufgebaut und ihre Arbeit seitdem begleitet hat.

Während Richter weiter auf Hilfe und eine Entschädigung hofft, deuten sich zumindest rund um seinen ehemaligen Jugendwerkhof Fortschritte an. Der immer noch strahlende „Teich 4“ soll in zwei Jahren abgedichtet sein. Fünf Millionen Euro an öffentlichen Geldern stehen dafür bereit.

THERESA AUTHALER,
PETER WENSIERSKI

